

Dr. Roland Diehl
Burgstraße 4
79258 Hartheim/Breisgau

Tel. 07633 14362
Fax 07633 405409
vorstand@mut-im-netz.de

25. August 2010

Leserbrief zum Themenkomplex Stuttgart 21

Stuttgart 21 – Musterprotest für mehr Demokratie

Der Widerstand gegen Stuttgart 21 hat sich ein Stück weit vom Gegenstand des Protests entfernt. Allem Anschein nach – das zeigt die stetig größer werdende Zahl der Straßenkämpfer – geht es zunehmend ums Prinzip. Ein Infrastrukturprojekt solchen Ausmaßes, das tief und nachhaltig in eine ganze Region eingreift und sehr viele Menschen betrifft, kann nicht mehr am Volk vorbei durchgesetzt werden. Das Volk fühlt sich von seinen Volksvertretern offensichtlich nicht mehr repräsentiert. „Das Projekt wurde von allen demokratischen Gremien befürwortet“, betonen die Stuttgart 21-Freunde beharrlich. Schauen wir uns diese „demokratischen Gremien“ näher an und beginnen mit dem baden-württembergischen Landtag. Wer sitzt im Landesparlament, wie überhaupt landauf landab in deutschen Parlamenten? Überwiegend Staatsfunktionäre und Lobbyisten, die dem Staat verpflichtet sind und doch dem Volk verpflichtet sein sollten. Und hier offenbart sich die grundlegende Schwäche, in die die deutsche Demokratie hineingeschliddert ist: Die Exekutive hat sich der Legislative bemächtigt, Staat und Volk stehen sich in den Parlamenten gegenüber, Staatsinteresse kollidiert mit Volkswille. Abgeordnete stecken im Interessenkonflikt: Sie machen sich im Staatsinteresse für ein Vorhaben stark, das von ihren Wählern abgelehnt wird. Dass Stuttgart 21 auf diese Weise von den „demokratischen Gremien“ durchgewinkt wurde, verwundert nicht. Wer schlecht informiert, Herrschaftswissen, insbesondere zu den Projektrisiken, zurückhält, das Volk mit fadenscheinigen Begründungen an der Äußerung seines Willens hindert, nährt Zweifel an der Redlichkeit politischen Handelns. Das Volk wird misstrauisch. Warum der Protest erst jetzt? Nun, Misstrauen muss wachsen. Jetzt ist es da und wird weiter geschürt vom Geschwätz der „Unumkehrbarkeit“. Es hilft nur eins: Aufhören und mit dem sachverständigen Volk neu beginnen!

Was legal ist, ist noch lange nicht legitim. Allmählich dämmert es den Deutschen, dass sie von ihren Parlamentariern nicht repräsentiert, sondern manipuliert werden. Wen wundert's, dass die Menschen versuchen, ihren Willen außerhalb der Parlamente zu artikulieren und durchzusetzen. Der Protest gegen Stuttgart 21 ist ein Menetekel. Das Volk fordert, die Staatsgewalt, die laut Grundgesetz angeblich von ihm ausgeht, durch eine Abstimmung auszuüben. Denjenigen, die es daran hindern, muss ein zweifelhaftes Demokratieverständnis unterstellt werden. In dem Maße, wie sich die Parlamente vom Volk entfernen, werden Auseinandersetzungen, nicht nur wie derzeit in Stuttgart zu erleben, zunehmen, sondern auch am südlichen Oberrhein. Hier hat es bereits so etwas wie eine Volksabstimmung gegeben: Eine überwältigende Mehrheit der Bürger hat sich gegen eine unzumutbare Bahnplanung und für die menschenverträgliche Bürgeralternative BADEN 21 ausgesprochen. Es ist unserem Land zu wünschen, dass es dem Volk gelingt, verloren gegangenes demokratisches Terrain zurückzugewinnen. Den ehemaligen DDR-Bürgern ist mit der Montagsdemonstration („Wir sind das Volk“!) ein Glanzstück demokratischer Kultur gelungen. Wann und wo auch immer in dieser Republik Montagsdemos beginnen, müssen künftig bei den politischen Entscheidungsträgern die Alarmglocken schrillen.

Dr. Roland Diehl, Hartheim

